

Stephan, Johannes

Article
Editorial

Wirtschaft im Wandel

Provided in Cooperation with:

Halle Institute for Economic Research (IWH) – Member of the Leibniz Association

Suggested Citation: Stephan, Johannes (2006) : Editorial, Wirtschaft im Wandel, ISSN 2194-2129, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH), Halle (Saale), Vol. 12, Iss. 4, pp. 110-110

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/143460>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Editorial

In Europa erhöht sich erneut der Fusionsdruck, zuletzt auch wieder im Energiesektor: Die deutsche EON will die spanische ENDESA übernehmen, die italienische ENEL hat ein Übernahmeangebot für die französische SUEZ abgegeben. In beiden Fällen aber haben die Regierungen der betroffenen Länder interveniert – mit Hinweis auf ihre Präferenz nationaler gegenüber europäischer Lösungen. Zeichnet sich hier ökonomischer Nationalismus ab?

Nationale Energieversorger in Europa müssen bisher kaum Wettbewerb um Kunden fürchten: Viele beherrschen als Monopolisten ihre nationalen oder regionalen Märkte, ohne durch grenzüberschreitende Konkurrenten bedrängt zu werden. Die jüngsten Interventionen gegen pan-europäische Fusionen zeigen, daß einige Länder die Strategie verfolgen, sogenannte „nationale Champions“ als Gegenmacht zu ausländischen Branchenriesen, wie sie sich bereits heute in Ländern wie beispielsweise China in Stellung bringen, aufzubauen. Aus entwicklungsökonomischen Erfahrungen ist jedoch abzuleiten, daß diese Politik nur dann erfolgreich sein kann, wenn sie sicher in ein wettbewerbliches Konzept eingebettet ist (siehe die „Japan-AG“ und die asiatischen Schwellenländer in der Nachkriegszeit). Eine weitere Besonderheit europäischer Elektrizitätsmärkte liegt in der Importabhängigkeit bei Rohstoffen. Gazprom, als mächtiger Nationalmonopolist des Gaslieferanten Rußland, kann den einzelnen europäischen Gasabnehmern die Vertragsbedingungen weitgehend diktieren – und wie im Januar demonstriert – auch politisch motiviert kompromittieren. Daß Rußland in den Energieverhandlungen mit China keinen entsprechenden Ausbau der Energiegewinnung vorsieht, stimmt auch nachdenklich.

Solange die europäischen Elektrizitätsmärkte durch mangelnden Wettbewerb zwischen Versorgern und Dominanz sowie Versorgungsunsicherheit bei Rohstofflieferanten charakterisiert sind, besteht politischer Handlungsbedarf. Dieser ist jedoch nur überregional zu organisieren. Der Vorschlag der EU Kommission setzt richtigerweise bei diesen Bedingungen an: Er propagiert eine Intensivierung des Wettbewerbs zwischen Versorgern, insbesondere mittels Integration der Netze, und diskutiert Möglichkeiten, wie europäische Versorger ihre Verhandlungsmacht gegenüber internationalen Lieferanten bündeln können. Pan-europäische Fusionen können zu beiden Zielen einen Beitrag leisten. Sie erhöhen jedoch auch das Risiko, daß sich erneut, jetzt pan-europäisch, monopolistische Strukturen herausbilden. Der europäischen Wettbewerbspolitik gereicht es dann zur Aufgabe, den neuentstehenden Wettbewerb zu sichern.

*Johannes Stephan,
Leiter der Abteilung Industrie- und Regulierungsökonomik*